

**Präsidentin des Europäischen Parlaments Roberta Metsola**  
**Tagung des Europäischen Rates am 20. Oktober 2022**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir kommen hier erneut zusammen, weil die Bürgerinnen und Bürger Europas – die Menschen, die wir vertreten – Entscheidungen und Führungsstärke von uns erwarten.

Sie machen sich Sorgen. Die Auswirkungen des russischen Angriffs auf die Lebensweise, die wir lange Zeit als selbstverständlich erachtet haben, führen dazu, dass sich unsere Mitbürger heute verwundbarer und unsicherer fühlen und weniger Vertrauen in die Zukunft haben.

Sie blicken zu uns auf der Suche nach Orientierung, nach einem Ausweg, der ihnen den inneren Frieden zurückgeben kann, den so viele verloren haben. Wir müssen – mit einer Stimme – entschieden und zugleich verhältnismäßig reagieren. Es ist an der Zeit, dass große Sprünge an die Stelle kleiner Schritte treten. Das ist die einzige Möglichkeit, um voranzukommen, sei es bei der Bewältigung der steigenden Strompreise, der sich verknappenden Gasversorgung und der steigenden Inflation – die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht hat – oder bei der Reaktion auf die rechtswidrige, ungerechtfertigte und brutale russische Invasion der souveränen Ukraine.

Die Pandemie hat uns gezeigt, dass wir im Bereich Gesundheit verwundbar sind. Und die russische Invasion hat deutlich gemacht, dass das auch für den Bereich Sicherheit und Verteidigung zutrifft. Die Schwachstellen unserer Energiepolitik sind aufgedeckt und ausgenutzt worden. Unsere Bevölkerung altert und die weltweiten Lieferketten stehen unter Druck.

Unsere Geschlossenheit muss echt sein – der kleinste gemeinsame Nenner sollte nicht der Richtwert sein. Wir müssen schneller voranschreiten und dabei mehr in die Tiefe gehen.

Das gilt für den Bereich Energie: Auch wenn wir besser dastehen als noch vor einigen Monaten, sind wir immer noch anfällig für eine relative Gasknappheit in Verbindung mit einer gleichbleibenden Nachfrage und dem externen Faktor der Verwendung von Gas als Waffe durch Russland. Die Erkenntnis, dass die Gasversorgung in Europa nicht ausreichend ist, unzureichend gefüllte Speicher sowie eine hohe Abhängigkeit haben zu Panik auf den Märkten und zu Preisschwankungen geführt.

Es gibt Löcher, die wir stopfen müssen. Gemeinsame Maßnahmen, Solidarität bei der Gasversorgung und die Schaffung eines glaubwürdigen Energiebinnenmarktes sind unabdingbar, wenn wir in Zukunft widerstandsfähiger werden wollen.

Die Kommission hat eine Reihe dringend benötigter Vorschläge vorgelegt: von der Besteuerung von Zufallsgewinnen über die Verringerung der Nachfrage nach Gas bis hin zur Festlegung eines neuen Richtwerts für Flüssigerdgas. Das Europäische Parlament hat diese Maßnahmen begrüßt, aber gleichzeitig besteht die Befürchtung, dass sie für unsere europäischen Unternehmen, die ihre Betriebskosten nicht mehr decken können, oder für Familien, die ihre Rechnungen nicht mehr begleichen können, zu wenig sein könnten.

Wir müssen längerfristig denken. Wir brauchen eine glaubwürdige Vision für unseren zukünftigen Energiemarkt. Es bedarf eines gemeinsamen Beschaffungsmechanismus für Gas. Nur so können wir einen gemeinsamen Ausweg finden, und nicht, indem wir uns gegenseitig überbieten, wenn es darauf ankommt. Wir müssen erneut die Möglichkeit prüfen, die Strompreise von den Gaspreisen zu entkoppeln – als außerordentliche und befristete Maßnahme.

Die Zeiten ändern sich, und sie erfordern neue Ansätze. Wir müssen vorbereitet sein. Es ist nicht leicht: Wir alle stehen innenpolitisch unter Druck und sind mit den Gegebenheiten im eigenen Land konfrontiert, aber Alleingänge sollten keine Option sein. Es steht zu viel auf dem Spiel. Wir müssen zusammenarbeiten – in echter Solidarität. Und die Meldung von heute über den

neuen Korridor für grüne Energie zwischen Portugal, Spanien und Frankreich ist ein gutes Beispiel dafür, wie wir gemeinsame Lösungen finden können.

Das Parlament ist nach wie vor bereit, seinen Teil beizutragen – und wir können dies schnell tun, so wie wir es in diesem Jahr bereits bei der Gasspeicherung getan haben und wie wir es mit REPowerEU tun werden. Wir sind uns des Ausmaßes der Herausforderung bewusst. Wir sind bereit. Das Europäische Parlament ist bereit, Anstrengungen zu unternehmen und Ergebnisse zu erzielen, damit wir unseren Energiemarkt auf lange Sicht umgestalten können.

Das Europäische Parlament ist ein Partner und ein Verbündeter. Wir verfolgen dieselben Ziele. Wir dienen denselben Bürgerinnen und Bürgern. Die Mitglieder des Europäischen Parlaments machen das in ihren Heimatländern deutlich. Sie können den Bürgerinnen und Bürgern erklären, was wir tun und warum dies notwendig ist. Dies ist von entscheidender Bedeutung, um unsere Einheit zu wahren und den russischen Narrativen und Desinformationen zu begegnen, die darauf abzielen, uns zu destabilisieren und zu entzweien.

Wir vernehmen die Sorgen von Familien und Unternehmen. Schnelle und rasche Lösungen bedeuten nicht, dass wir unsere ordentlichen Gesetzgebungsverfahren umgehen. Das Europäische Parlament verleiht Vorschlägen, die wir annehmen, eine demokratische Legitimation auf europäischer Ebene – deshalb sollte das Parlament bei neuen Vorschlägen, die auf dem Tisch liegen, in vollem Umfang einbezogen werden. Das ist für die Menschen wichtig.

Wir können unsere Rechnungen in den Griff bekommen, ohne unsere langfristigen Klimaziele aufzugeben. Das geht aber nur mit vereinten Kräften.

Steigende Energiepreise treiben natürlich die Inflation in die Höhe, was dazu führt, dass das verfügbare Einkommen der Haushalte und Unternehmen sinkt. Als Nächstes werden unsere Banken und der Finanzsektor unter Druck geraten, was zu höheren Zinsen für Immobiliendarlehen führen wird, die sich ihrerseits auf unseren Wohnungsmarkt auswirken werden. Zweistellige Inflationsraten

und rasant steigende Zinssätze rollen wie ein Tsunami über uns hinweg, der den Wert von Wohnimmobilien, Gehältern und Staatshaushalten vernichtet.

Dank des Rahmens für die wirtschaftspolitische Steuerung und des Aufbauinstruments NextGenerationEU hat sich unsere Wirtschaft nach der Pandemie gut erholt. Wir müssen jetzt die richtigen Voraussetzungen für die Mobilisierung privater Investitionen schaffen, damit die EU-Wirtschaft wieder auf einen stabilen Wachstumskurs zurückkehrt.

Lösungen kosten Geld. Während der Pandemie haben wir Schulden aufgenommen, die mit Eigenmitteln zurückgezahlt werden müssen – die jedoch nicht ausreichen, so viel ist klar. Wenn wir mehr Schulden bedienen und höhere Defizite entstehen, müssen unsere Volkswirtschaften wachsen. Wachstum ist der einzige Ausweg. Das bringt mich wieder zurück zum Thema Energie: Wir müssen die Preise senken, um überall bei der Rückkehr zu einem soliden Wirtschaftswachstum zu helfen. Auf diese Weise können wir die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, abfedern und uns auf die Schwächsten konzentrieren.

Unsere Wirtschaft braucht diesen Aufschwung. Es geht dabei nicht nur um Wohlstand, sondern auch um Sicherheit.

Das bedeutet auch, dass wir uns erneut dem EU-Haushalt zuwenden müssen. Der neue MFR steht bereits jetzt vor zahlreichen Herausforderungen. Er verfügt weder über die Ressourcen noch über die Flexibilität, die für die Krisenreaktion oder die Finanzierung neuer Prioritäten erforderlich sind. Wir brauchen eine Überarbeitung, um ihn auf die Höhe der Zeit zu bringen. Außerbudgetäre Lösungen oder einfach eine Überprüfung halten nicht die Antworten bereit, die die Menschen von uns erwarten.

Mir sind die Vorbehalte gegen ein Wiederaufschnüren bewusst. Ich kenne die politischen Gegebenheiten, aber der MFR muss zukunftsfest gemacht und mit eingebauter Flexibilität ausgestattet werden. Die Obergrenzen sollten erforderlichenfalls angehoben werden, damit wir neuen Bedürfnissen und Prioritäten Rechnung tragen können.

Wir versuchen, Gelder für die humanitäre Hilfe für die Ukraine, für die Bekämpfung der weltweiten Ernährungskrise, für die Bewältigung von Naturkatastrophen und für die Finanzierung unserer politischen Ziele hinsichtlich unserer strategischen Autonomie bei Energie und Verteidigung ausfindig zu machen. Dazu kommen noch Hunderte Milliarden Euro für den Wiederaufbau in der Ukraine.

Statt die begrenzten Mittel, die uns im EU-Haushalt zur Verfügung stehen, für diese Prioritäten auszugeben, müssen wir mit ihnen die Schulden für NextGenerationEU abzahlen, weil wir uns nicht auf neue Eigenmittel geeinigt haben und uns die steigenden Zinsen zwingen, weit mehr zurückzuzahlen als geplant. Wir reden hier von zusätzlichen 450 Millionen Euro im Jahr 2023. Das kann man ja kaum noch erklären.

Schuldendienst ist keine Ermessenssache – wir müssen unsere Schulden zurückzahlen. Wenn die Zinsen hoch bleiben, wird die Rückzahlung der Schulden von NextGenerationEU sämtliche für Krisenbewältigung vorgesehenen Haushaltsmittel in Anspruch nehmen und auch die EU-Programme beeinträchtigen.

Und zu alledem müssen wir unsere Unterstützung für die Ukraine ausweiten. Die Aufgaben, mit denen wir konfrontiert sind, sind miteinander verknüpft. Sie sind unterschiedliche Aspekte desselben Problems, das von der russischen Aggression und von russischen Expansionstheorien verschärft wird, die in unseren Geschichtsbüchern ganz nach hinten gehören.

Die Welle wahlloser Luftschläge auf Städte und zivile Infrastruktureinrichtungen in der gesamten Ukraine ist erschreckend. Wir müssen ihr mit entschlossenen Maßnahmen begegnen, wie zum Beispiel mit

- verschärften Sanktionen
- mehr militärischer Unterstützung insbesondere mit Luftabwehrsystemen, Panzern und schweren Waffen
- stärkeren Bemühungen um die Aufklärung von Kriegsverbrechen in der Ukraine.



Das ist wichtig, wenn wir auf Frieden drängen wollen – und wir müssen auf Frieden drängen. Es muss aber ein wirklicher, nachhaltiger und dauerhafter Frieden sein. Zu viele der von Ihnen geführten Nationen wissen, wie es sich anfühlt, besetzt zu sein – manche von Ihnen aus erster Hand. Wir müssen aus der schmerzhaften Geschichte Europas lernen und begreifen, mit wem wir es zu tun haben. Frieden ist unser Ziel. Und für wirklichen Frieden braucht es Gerechtigkeit – mit einem Gericht, das sich mit den Kriegsverbrechen, den Tätern und der Entschädigung befasst.

Wir müssen bereit sein, weiter zu gehen. Ich weiß, dass Sanktionen auch kritisiert werden. Aber sie sind notwendig, sie erzielen Wirkung, und sie müssen weiter verschärft werden – auch gegenüber Lukaschenko in Belarus.

Die Zukunft Europas liegt in seiner Fähigkeit, sich rasch, gefasst und geeint auf Neues einzustellen. Denn uns muss klar sein, dass jedes Anzeichen von Uneinigkeit ausgenutzt und gegen uns verwendet wird.

Die brutale, unrechtmäßige und ungerechtfertigte russische Invasion der Ukraine hat uns ganz deutlich gezeigt, dass wir uns anpassen und Verteidigung und Sicherheit ganz oben auf unsere Agenda zur Bekämpfung von hybriden Angriffen setzen müssen. Wenn Russland im Winter unweigerlich den Krieg eskaliert, müssen wir damit beginnen, Europa als Gemeinschaft mit 43 Millionen weiteren Menschen zu denken, die sich auf uns verlassen. Wir müssen vorbereitet sein.

Und wir müssen der Tatsache ins Auge sehen, dass unsere Verteidigung von der Ukraine abhängt und von der Unterstützung, die wir ihr bieten: von Luftabwehrsystemen, von Panzern, von finanzieller Unterstützung, von politischer Unterstützung.

Abschließend möchte ich Moldau ansprechen, das ärmste Land Europas, das in hohem Maße wirtschaftlich, humanitär, energiepolitisch oder auch politisch unter den Folgen des russischen Krieges in der Ukraine leidet. Moldau braucht unsere Aufmerksamkeit und unsere praktische Unterstützung.

Ich weiß, wie viel Sie geopfert haben: politisch, finanziell, militärisch. Mir ist bewusst, dass es nicht leicht ist, um noch mehr und um ein noch höheres Tempo zu bitten. Aber leicht war noch nie ein Handlungskriterium. Wir müssen einfach handeln. Das ist unabdingbar. Es liegt an uns, damit umzugehen, und ich bin davon überzeugt, dass wir das gemeinsam schaffen.